



Foto: BAH/Pietschmann

## „Die Regulierungsschrauben sind überdreht“

Geht es um Lieferengpässe, ist sich die Apothekerschaft einig: Die Politik ist am Zug. Im Interview macht Lutz Boden, Abteilungsleiter Gesundheitsversorgung beim Bundesverband der Arzneimittel-Hersteller (BAH), konkrete Vorschläge, welche Maßnahmen der Gesetzgeber ergreifen muss, um das Apothekenwesen nachhaltig zu entlasten.

**Welche Rolle spielt der BAH bei der Problematik der Lieferengpässe? Inwieweit können und konnten Sie bereits Einfluss nehmen?**

**Lutz Boden:** Als mitgliederstärkster Herstellerverband mit Mitgliedsunternehmen aus allen Bereichen der pharmazeutischen Industrie ist es in unserem allerhöchsten Interesse, dass Patient:innen umfassend versorgt werden und dass Ärzt:innen und Apotheker:innen alle Optionen für eine erforderliche Therapie zur Verfügung haben. Als Bundesverband stehen wir Politik und Gesetzgebung beratend und impulsgebend zur Seite und unterbreiten konstruktive Verbesserungsvorschläge. Jeder Lieferengpass ist einer zu viel, zumal für betroffene Patient:innen. Die stetige Argumentation des BAH hat der Politik verdeutlicht, dass Arzneimittelversorgung nicht zum Nulltarif zu haben ist. Nun hoffen wir auf entsprechende Gesetzesinitiativen.

**Als eine der Hauptursachen für die anhaltenden Lieferengpässe wird immer wieder die Abhängigkeit von ausländischen Herstellern und Lieferanten genannt. Sie sprechen sich hingegen für eine multilaterale Arzneimittelproduktion aus.**

**Boden:** Monokulturen sind in der Ernte endlich. Für eine Versorgung der Menschen benötigen wir vielfältige Produktionen und Standorte zu möglichst kostengünstigen, aber eben auch auskömmlichen Bedingungen. Bedeutsam ist, Alternativen zu haben. Dazu zählt auch eine Stärkung des Standorts Deutschland, wo z. B. Genehmigungsverfahren einfacher und schneller werden müssen. Gesellschaft und Politik müssen einen Forschungs- und Industriestandort Deutschland wirklich wollen und umsetzen.

**Sie plädieren für einen unterjährigen Inflationsausgleich bei Fest- und Rabattverträgen. Wie genau sollte das ausgestaltet werden? Was versprechen Sie sich davon?**

**Boden:** Für eine notwendige kurzfristige Kompensation der enormen Kostensteigerungen in allen für die Herstellung relevanten Bereichen sollten für eine bestimmte Zeit keine Absenkungen für Festbetragsgruppen erfolgen, die vor März 2020 gebildet wurden. Wir entnehmen aus dem Eckpunktepapier des Bundesgesundheitsministeriums zwar, dass Handlungsbedarf erkannt wurde, die avisierten Maßnahmen reichen aber keinesfalls aus.

Alle Festbeträge sollten halbjährlich steigen, und zwar in dem Maße, wie es sich aus der Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem jeweiligen Vorhalbjahreszeitraum ergibt.

Bei der Abrechnung von Rabatten könnte mit dem Umsatz der pharmazeutischen Unternehmen aus Rabattvereinbarungen entsprechend verfahren werden. Alternativ könnte man Preisgleitklauseln verpflichtend machen.

Insgesamt muss mehr in den Fokus gerückt werden, dass Arztpraxis, Apotheke und Arzneimittelversorgung keine bloßen Kostenverursacher sind, sondern dass sie Kosten im System sparen und der Volkswirtschaft zuträglich sind. Ein rationaler Aufwand heute spart die Kosten von morgen.

**Fest- und Rabattverträge sind etablierte Maßnahmen zur Minimierung von Kosten. Worin sehen Sie die Grenzen dieser Instrumente?**

**Boden:** Fest- und Rabattverträge können funktionieren, wenn sie maßvoll und aufeinander abgestimmt angewendet werden. Die Doppelregulierungsschrauben sind jedoch überdreht. Das betrifft Preismoratorien, Hersteller- und Generikaabschläge sowie die jüngst eingeführten innovationsfeindlichen AMNOG-Leitplanken. In der Folge gehen Präparate verloren, Produktionen und Investoren wandern ab.

Ganz akut stehen die Biosimilars im Feuer. Hier läuft der Gesetzgeber Gefahr, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Daher plädieren wir dringend für eine vollständige Rücknahme der Substitutionspflicht, weil sie Apotheker:innen nicht zuzumuten ist und den Markt nachhaltig schädigt. Darunter leidet auch die Versorgung. Es ist zu einfach, immer nur an der Arzneimittelversorgung zu sparen. Vielmehr sind endlich die strukturellen Probleme im Gesundheitswesen anzugehen.

**Was raten Sie den Apotheker:innen, um die Lieferengpässe effektiv zu meistern?**

**Boden:** Ich bin selbst Apotheker, aber als Verbandsmitarbeiter steht es mir nicht an, kluge Ratschläge zu erteilen. Ich wünsche mir für die Kolleg:innen, dass sie rechtssichere Befreiheit haben, um bei Engpässen oder dringenden Versorgungssituationen agieren zu können. Die Regelungen in der Pandemie haben bewiesen, dass es funktioniert.

**Wie schätzen Sie die weitere Entwicklung der Situation ein? Sind Entspannungen absehbar?**

**Boden:** Heute noch schwierige Situationen werden sich entspannen, aber wir müssen auch aus den genannten Gründen weiterhin mit Lieferengpässen rechnen. Es mag grundsätzlich trösten, dass noch keine Versorgungsengpässe vorliegen. Dazu tragen z. B. der BfArM-Beirat, aber auch Hersteller ganz wesentlich bei, auch wenn das nach außen nicht immer so offensichtlich wird. Wir wissen nur zu gut, dass insbesondere die Apotheken eine ganz entscheidende Rolle wahrnehmen. Wir können uns im Arzneimittelwesen erst dann entspannen, wenn regulatorische und sozialrechtliche Reformen wirksam werden. Daran wird sich messen, was uns Gesundheit wert ist.

**Herr Boden, vielen Dank für das Gespräch.**